

netzwoche, 29. Februar 2012

Standards – Zusammenarbeit – Innovation

Zusammenarbeit im E-Government ist teils nützlich, teils schlicht notwendig. Sie setzt aber die Einhaltung gemeinsamer Standards voraus. Dafür kann daraus mehr Innovation für alle resultieren. Eine Schlüsselrolle ist für die Schweizer E-Government-Cloud vorgesehen.

Reinhard Riedl

Die Zusammenarbeit von Behörden ist in mehreren unterschiedlichen Szenarien ein Schlüsselthema des E-Governments. In manchen Verwaltungsprozessen ist sie notwendig, weil diese über mehrere Behörden laufen. Beim Aufbau einer gemeinsam zu nutzenden Infrastruktur für Kommunikation, Datenhaltung und fachlicher Datenverarbeitung ist sie notwendig, damit diese auch tatsächlich gemeinsam genutzt werden kann. Schliesslich ist sie auch notwendig, um über gemeinsam betriebene Portale den Bürgern und der Wirtschaft einen einheitlichen Zugang zu E-Government-Diensten zu bieten. Doch jedes dieser Zusammenarbeitsszenarien verlangt einerseits eine Koordination beim Aufbau der lokalen E-Government-Lösungen und andererseits die Zusammenarbeit im Aufbau und Betrieb gemeinsamer Lösungen. Dabei entsteht oft das Problem, dass gleichberechtigte Partner letztlich freiwillig und oft auch auf eigene Kosten zusammenarbeiten müssen – oder sogar schon davor die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit schaffen müssen, ohne dass diese konkret absehbar wäre. Wo weder Hierarchie noch Finanzierung steuern, ist das leider sehr schwierig.

Beispielsweise ist die Einhaltung von Standards von zentraler Bedeutung für die Zusammenarbeit, aber diese Bedeutung ist aus lokaler Perspektive meist nicht verständlich. Nützlich wäre zudem, zukünftige Standards bereits heute schon zu antizipieren oder sich mindestens beim Aufbau der lokalen Lösungen die Flexibilität zu bewahren, die verwendeten Standards gegen in Zukunft entstehende gemeinschaftliche Standards auszutauschen. Doch dies ist aus lokaler Per-

spektive noch unverständlicher.

Die Bedeutung effektiver Kommunikation

Die Schweiz hat mit eCH eine äusserst erfolgreiche Standardisierungsorganisation für E-Government, in der Behörden, Privatwirtschaft und Wissenschaft zusammenarbeiten. Doch leider hapert es mit der Anwendung der Standards. Ein Grossteil der eCH-Mitglieder wendet die entwickelten Standards nicht oder nur teilweise an. Der Grund ist die hohe Bedeutung der eigenen Autonomie.



Bild: Fotolia

Fehlendes Bewusstsein für die gegenseitige Abhängigkeit

Es fehlen überzeugende Geschichten, die den Nutzen aufzeigen. Noch dringender bräuchte es die Demonstration der schieren Notwendigkeit, vermehrt auf Zusammenarbeit zu setzen, wenn man die stetig wachsenden Aufgaben der Behörden mit gleichbleibenden Personalressourcen bewältigen will – plus Demonstrationen der an sich simplen Tatsache, dass eine effektive Zusammenarbeit ohne gemeinsame Standards nicht möglich ist.

Leider wird teilweise sogar kontraproduktiv kommuniziert. Man will Kantone und Gemeinden zur Zusammenarbeit und zur Einhaltung von Standards zwingen. Und wenn möglich gleich alles vollständig standardi-



sieren. Obwohl es für eine effektive Kollaboration völlig ausreichend ist, Leistungen und deren Schnittstellen zu standardisieren, gibt es immer wieder Versuche, auch die Leistungserbringung zu standardisieren. So droht man mit dem Gespenst eines zentralisierten E-Governments und verursacht Gegenreaktionen. Man sollte sich stattdessen als positives Beispiel vor Augen halten, dass das Internet nicht durch Standardisierung, sondern durch Raw Consensus entstanden ist. Solcher «rohe» Konsens wäre für den Ausbau der Zusammenarbeit im Schweizer E-Government völlig ausreichend. Er müsste nur gelebt werden!

Der umgekehrte Weg zur Innovation

Wenn die Abneigung zur Einhaltung von Standards überwunden würde, könnte man auch daran gehen, gemeinsame Dienste für ein föderales E-Government aufzubauen und so die Kosten für zukünftige Innovation auf Seiten der teilnehmenden Behörden dramatisch senken. Aber vielleicht wird umgekehrt ein Schuh daraus. Wenn eine Organisation Standarddienste für alle – zum Beispiel verschiedenste Datenregister – anböte, deren Nutzung wesentlich billiger wäre als der lokale Betrieb, dann würden finanzielle Engpässe früher oder später zwangsläufig dazu führen, dass über die Nutzung der gemeinsamen Dienste auch gemeinsame Standards akzeptiert werden. Ohne Zwang, dafür mit finanziellem Vorteil.

Konkret böte insbesondere eine Schweizer (E-)Government-Cloud die Option, Innovationen auch für kleinere Gemeinden oder Kantone erschwinglich zu machen. Weil ein-

mal entwickelt, könnten sie alle nutzen. Weil akkreditierte Dienste vertrauenswürdig wären. Weil sich Anbieter auch mit Teillösungen einlinken könnten. Und weil, entsprechend aufgesetzt, in der Cloud eine einfache Verknüpfung von behördenübergreifenden Diensten möglich wäre.

Das Ziel muss sein, kreative Autonomie mit praktischer Ökonomie zu vereinen. Zusammenarbeit muss sich lohnen. Und zwar für alle. Wichtig dabei ist, dass nicht die Grossen die Kleinen zur Gefolgschaft zwingen können und dass alle kompetenten IT-Anbieter auch in Zukunft ihren Teil vom Kuchen abbekommen. Ersteres verlangt nach Brokern, die zwischen den Akteuren mit Einfühlungsvermögen und Geschick vermitteln. Letzteres wird durch eine entsprechende Cloud-Architektur ermöglicht – besonders dann, wenn Einsparungen für mehr Innovationen genutzt werden. Das sollte in unser aller Interesse sein! <



Reinhard Riedl
ist Forschungsleiter
im Fachbereich
Wirtschaft und Verwaltung der Berner
Fachhochschule und
Mitglied des Expertenrats E-Government Schweiz.

Reinhard Riedl referiert am 6. März am «eGovernment Forum».